
Ernst-Otto Czempiel

Notwendigkeiten und europäische Optionen der Terrorismusbekämpfung



Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel, geb. 1927 in Berlin, Studium der Geschichte und Anglistik in Mainz, lehrte Internationale Politik und Außenpolitik in Marburg und Frankfurt/Main; er ist Mitbegründer und Mitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Vorsitzender des Kuratoriums Hessischer Friedenspreis.

Über den militärischen Erfolgen in Afghanistan ist das eigentliche Kriegsziel, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, fast vergessen worden. Zwar haben die Innenminister der westlichen Industriestaaten die Suche nach terroristischen Zellen erheblich gesteigert - und bei der Gelegenheit die lang gehegten Wünsche nach verstärkter Personenkontrolle verwirklicht. In den USA wurden mehr als tausend Menschen ohne Rechtsverfahren verhaftet und weitere Tausende für Verhöre vorgesehen, um dann möglicherweise einem der von Präsident Bush eingerichteten militärischen Standgerichte übergeben zu werden. Das könnte den Rechtsstaat aushebeln, sucht aber wenigstens die Gewalttäter dort, von wo sie kamen und wo sie wahrscheinlich immer noch zahlreich vorhanden sind: in den USA und in Westeuropa.

Dennoch haben die USA und die NATO den Akzent der Terrorbekämpfung auf Afghanistan gelegt. Das Regime der Taliban war brutal, wie das vorangegangene der Nordallianz auch und beherbergte mit der Organisation Usama Bin Ladins eine der höchstwahrscheinlich wichtigsten Terrorismuszellen in der Welt. Sie zu beseitigen war einfacher als es sein wird, Afghanistan neu zu ordnen; beides darf aber nicht mit einer erfolgreichen Bekämpfung des Terrorismus verwechselt werden. Seine Zellen sind vermutlich in mehr als 60 Staaten der Welt präsent; sie alle zu bombardieren, ist nicht möglich und schon gar nicht zweckmäßig. Der frühere amerikanische CIA-Chef Robert Gates hat schon vor Jahren festgestellt, dass man den Terrorismus nicht mit Gewalt besiegen, sondern nur dadurch beseitigen kann, dass man seine Quellen austrocknet. Sie entspringen kaum am Hindukusch, am Horn von Afrika oder in den Palästen von Bagdad. Wer den Massenmord des 11. September deuten und Wiederholungen vermeiden will, muss analytisch weiter ausholen, um strategisch richtig vorgehen zu können. Dazu ist Dreierlei erforderlich: eine detaillierte Beschäftigung mit dem neuen Phänomen des Terrorismus im Weltmaßstab; der Entwurf einer Erfolg versprechenden Strategie der Ab-

wehr, die, drittens, nicht dazu führen darf, dass sich die Zivilgesellschaft dabei selber aushebelt.

Was ist Terrorismus?

Dazu gehört zunächst, den Terrorismusbegriff nicht undifferenziert auf alle Gewaltakte gesellschaftlicher Akteure anzuwenden. Nur eine Gruppe davon entspricht ihm, nämlich die, die einem blinden Drang zur Zerstörung und Vernichtung von Menschenleben entspringt. In diese Kategorie fällt die Sprengung des Bürohauses in Oklahoma City, deren Urheber McVeigh erst im Frühjahr 2001 hingerichtet worden ist, in diese Kategorie fällt der Giftgasangriff der japanischen Aum-Sekte in der Tokioter U-Bahn. Auch die Milzbrandanschläge in den USA zählen dazu. Sie haben Verursacher, die in den USA selber sitzen und Terrorismus in dieser Form pur betreiben.

Von diesen Akten, die den Begriff des Terrorismus rechtfertigen, deutlich zu unterscheiden, ist physische Gewalt, auch militärische Gewalt, die gesellschaftliche Akteure zugunsten konkreter politischer Ziele dann einsetzen, wenn alle anderen, nicht gewaltsamen Mittel versagt haben. Innenpolitisch rubriziert dieser Vorgang unter dem Begriff der Revolution. Inzwischen sind weitere Gewaltanwendungen im Innern der Staaten hinzugekommen, meistens zugunsten eines nationalen Befreiungskampfes, der Sezession, des Anspruchs auf Selbstbestimmung von Minderheiten. Der bewaffnete Widerstand gegen eine als Besatzung empfundene Fremdmacht z.B. dient der Wiederherstellung der eigenstaatlichen Autonomie. In diese Kategorie der physischen Gewaltanwendung zugunsten klar benannter und erkennbarer politischer Zwecke durch gesellschaftliche Akteure fallen die Auseinandersetzungen in Nordirland, im Baskenland, in Korsika, im Kosovo und in den von Israel besetzten Gebieten Palästinas.

Diese Gewalt proklamierenden und ausübenden Gruppen sind bekannt, ihre Namen der Öffentlichkeit geläufig. Sie verfolgen ein klar formuliertes politisches Programm. Diese große Gruppe von Gewalttätern sollte nicht pauschal als Terroristen oder Terrorismus diskriminiert, sondern als gesellschaftliche Akteure bezeichnet werden, die zugunsten konkreter politischer Ziele physische Gewalt einsetzen. Diese Gewaltanwendung ist selbstverständlich illegal. Sie kann aber sehr wohl legitim sein und in dieser Perspektive auch den Anspruch auf künftige Legalität bereits besitzen. Wie beides verteilt ist, kann und muss in jedem Einzelfall durch eine sorgfältige Analyse geklärt werden. Jedenfalls aber unterscheiden diese Akteure sich eindeutig von gesichtslosen Terroristen.

Wie lässt sich der Massenmord vom 11. September einordnen? Mit dem Schrecken, den die Attentäter in den USA und in der industrialisierten Welt verbreitet und mit der Anonymität, hinter der sie sich versteckt haben, scheint ihre Gewaltanwendung den Begriff des Terrorismus zu rechtfertigen. Es sind aber so viele unschuldige Menschen ums Leben gekommen, dass man versuchen muss, den Gewaltakt näher zu deuten und nicht durch die Verwendung des Terrorismusbegriffes vor jeglicher weiterführender Analyse zu immunisieren.

Wer die Gewalttat ausgeführt hat, ist bekannt, wer sie angeordnet und organisiert hat, nicht. Dass es Bin Ladin war, ist vorläufig nur eine Vermutung. Selbst wenn sie zutrifft, war er es bestimmt nicht ausschließlich mit einem Satellitentelefon in irgendeiner Höhle im Hindukusch, sondern als Teil eines Netzwerkes, das sich über viele Länder erstreckt. Ob die Selbstmord-Attentäter von Washington und New York aus politischen Motiven gehandelt haben, lässt sich nicht feststellen. Es gab keine Bekennerbriefe, niemand hat die Verantwortung

übernommen. Bei den einzelnen Tätern können die unterschiedlichsten Ursachen zusammengefasst sein. Religiöser oder politischer Fanatismus, individuelle Frustrationen, psychischer Zwang, Rachegefühle, reine Mordlust können in jedem der Individuen eine Rolle gespielt haben, in einer Mischung, die sich nicht klären lässt, die Täter sind ums Leben gekommen. Wir werden nie erfahren, welche Ursachen den Einzelnen zu dieser Tat getrieben haben.

Deutlich sichtbar aber ist, dass diese Aktion Adressaten hatte, nämlich alle diejenigen, die sie als richtig und angemessen betrachtet, sie sogar begrüßt haben. Sie sind nicht nur in der arabischen Welt, wenn auch vornehmlich dort, zu finden. Und diese Öffentlichkeiten gehören in die Deutung des Vorgangs, weil sie ganz offensichtlich eine Quelle darstellen, die die Bereitschaft zur Gewaltanwendung gespeist hat. Sie bildeten nicht die Ursache der Gewaltanwendung. Aber auch der aus seinen unentwirrbaren Einzelmotiven, aus jenen nicht erschließbaren Ursachen handelnde Gewalttäter war offensichtlich darauf erpicht, für seine Gewalttat Anerkennung bei erkennbaren Teilen der Weltgesellschaft zu finden. Sie bildete sozusagen den Kontext, auf dessen Zustimmung die Gewalttat gesetzt hat.

Von der Größe dieser Zustimmung hängt der politische Erfolg eines derartigen Gewalteinsatzes ab. Ist sie nicht vorhanden oder ist sie nur marginal, war die Tat vergebens und wird auf Dauer nicht wiederholt werden. Ist der Konsens hingegen vorhanden, die Zustimmung beträchtlich, dann ist damit zu rechnen, dass Wiederholungen dieser Art vorgenommen werden, weil die Adressaten offensichtlich aktiviert worden sind und so reagiert haben, wie sich diejenigen, die das organisiert haben, vorgestellt hatten.

An der Reaktion der Umwelt also lässt sich ablesen, ob am 11. September ein Akt des blinden Terrorismus oder eine Gewaltanwendung stattgefunden hat, die einen gewissen, diffusen politischen Hintergrund hatte. Über diesen Kontext seiner Adressaten lässt sich der politische Gewalttäter nicht nur als solcher identifizieren, er lässt sich auch beeinflussen. Wenn er in seinem Erfolg abhängig ist von der Zustimmung jenes Teils der Gesellschaft, an den er sich wendet, dann kann man ihm, wenn man ihn dieser Zustimmung dieses Teils der Gesellschaft beraubt, den Anlass und vor allem den Erfolg seiner Tat nehmen. Diese Zustimmung muss nicht von Anfang an vorhanden sein, der politische Gewalttäter kann auch versuchen, sie gerade mit seinem Gewaltakt zu erzeugen bzw. zu vergrößern. Aber wenn er sie in keiner Weise findet, wenn die Auditorien schwinden, der Konsens und die Akzeptanz nicht da sind, verkümmert die Bereitschaft zur Gewalttat.

Die Quellen des Terrorismus

Die internationale Diskussion seit dem 11. September ist sich weitgehend darin einig, dass die drei wichtigsten Quellen des Terrorismus vom Nahost-Konflikt, von der Bombardierung und ökonomischen Strangulierung des Irak und von der zunehmenden Ungleichverteilung des Reichtums infolge der Globalisierungspolitik der Industriestaaten gebildet werden. Die arabischen Staaten verweisen vor allem auf den seit mehr als fünfzig Jahren anhaltenden und nach dem Scheitern der Clinton-Initiative vom Herbst 2000 sich erneut zuspitzenden Nahost-Konflikt. Alle arabischen Gesellschaften sehen in ihm die permanente Diskriminierung und physische Unterdrückung von Arabern durch einen Statthalter des Westens. Der amerikanische Außenminister Powell hat diese Quelle, ebenso wie sein deutscher Kollege Fischer, richtig erkannt und versucht seitdem mit wechselndem Erfolg, den Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern neu zu initiieren. Die Europäische Union hat sich ebenfalls mehr-

fach eingeschaltet. Man kann nur hoffen, dass alle diese Initiativen in der Idealkonkurrenz zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten um die Rolle des Friedensstifters nicht untergehen.

Die Gegenkräfte sind nicht nur lautstark. Wenn das Wallstreet Journal Europe jegliche Förderung eines israelischen Kompromisses als Beschwichtigung des arabischen Terrorismus ablehnt, dann beschreibt es damit nicht nur die Politik der gegenwärtigen Likud-Regierung, sondern auch den strategischen Gesamtansatz der Administration Bush. Auch sie hat vor wie nach dem 11. September ihre Erfolgshoffnungen auf den Einsatz militärischer Gewalt gesetzt. So erklärt sich der Krieg in Afghanistan und die in Washington offen diskutierte Absicht, ihn auf den Irak und auf Somalia zu erweitern. Ursprünglich sollte die Gewaltanwendung nur ein Element in der Gesamtstrategie darstellen, die auch politische und ökonomische Maßnahmen vorgesehen hatte. Übrig geblieben ist davon vornehmlich die Hungerhilfe für die afghanische Bevölkerung. Man wird am weiteren Weg des nahöstlichen Friedensprozesses ablesen können, ob der Westen diese Quelle des politischen Terrorismus zuzuschütten versucht hat oder nicht.

Nicht einmal rudimentär zu erkennen ist eine Konfliktlösungsstrategie im Irak und beim Kaschmir-Problem. Die Hand Indiens wird hier durch den Sieg der Nordallianz in Afghanistan gestärkt, die Pakistans geschwächt und damit die Kriegslust beider Seiten angefacht werden. Eine westliche Vermittlung wäre dringend erforderlich. Im Irak sind aufgrund der nunmehr seit zehn Jahren anhaltenden Wirtschaftssanktionen mehr als 500 000 Kinder gestorben, von den Erwachsenen zu schweigen. Die seit drei Jahren regelmäßig stattfindenden angloamerikanischen Luftangriffe auf den Irak tragen weiter dazu bei, das antiwestliche Ressentiment nicht nur in der irakischen Gesellschaft, sondern in der gesamten arabischen Welt zu verstärken. Die politischen Negativfolgen sind mit Händen zu greifen. Die Vereinigten Staaten wurden noch vor zwanzig Jahren von allen Arabern als Freund und Helfer angesehen; heute muss das Außenministerium in Washington alle Amerikaner davor warnen, in die Region zu reisen.

Was tun?

Der Einsatz militärischer Gewaltmittel ist auch unter den Bedingungen der modernen Gesellschaftswelt unverzichtbar, wenn es um die Verteidigung geht. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in seiner Resolution 1368 vom 12. September 2001 das „naturegegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung“ im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung erwähnt. Er hat die Gewaltanwendung deswegen weder angeordnet noch legitimiert. Der Westen setzt sie sozusagen auf eigene Faust ein und fährt damit fort, womit er schon im Luftkrieg gegen Serbien 1999 begonnen hatte, nämlich der Repolitisierung der Gewalt und der Relativierung der Vereinten Nationen. Vom Vater und Vorvorgänger des jetzigen Präsidenten, George Bush, noch in den Mittelpunkt einer „Neuen Weltordnung“ gestellt und folgerichtig mit der Anordnung des zweiten Golfkriegs betraut, wurden die UN bei der Bekämpfung des Terrorismus nur noch als Konsensverstärker benutzt. Zwar haben die Vereinigten Staaten einen großen Teil ihrer Schulden bei den UN bezahlt und die Vorteile des Multilateralismus zumindest selektiv wieder entdeckt. Vorherrschend aber ist die Politik des Alleingangs und der Selbstmandatierung geblieben, die die Legitimierungsfunktion der internationalen Organisation vernachlässigt.

Sie ist aber deswegen so wichtig, weil der Konsens im Sicherheitsrat oder in der Generalversammlung über die Legitimität einer Gewalthandlung und damit über die wichtigste

Voraussetzung ihres Erfolges entscheidet, nämlich die Akzeptanz durch die Weltgesellschaft. Vater Bush hatte das noch gewusst und berücksichtigt, Sohn Bush glaubt darauf verzichten zu können. Andernfalls hätte er den Sicherheitsrat um ein Mandat gebeten und, wenn es an einem Veto gescheitert wäre, die Generalversammlung eingeschaltet.

Die Vereinigten Staaten unter der Administration Bush, aber auch die NATO haben sich nicht einmal die Mühe gemacht, der Welt oder doch zumindest den Arabern und den Muslimen Beweise für die Schuld Bin Ladins am Terroranschlag in New York und Washington vorzulegen. Vielleicht hätten die Taliban ihre Zusage eingehalten und dann Bin Ladin ausgeliefert. Wenn nicht, hätte sich der westliche Eingriff auf die Zustimmung der von den Beweisen überzeugten Gesellschaften stützen und damit auch eine wichtige Erfolgsvoraussetzung gewinnen können. So aber kann man nicht ausschließen, dass der unbegründete Gewalteinsatz in Afghanistan eine weitere große Terrorquelle erschließt, also das Gegenteil dessen erreicht, was er beabsichtigt hatte. Diese Negativfolgen werden ins Unendliche vergrößert werden, sollten die USA nach Afghanistan militärisch gegen Somalia und den Irak vorgehen. Eine Antwort darauf müsste auch die Bundesregierung geben, die sich mit der Stationierung deutscher Kriegsschiffe am Horn von Afrika und der Bereitstellung von ABC-Waffen-Spürpanzern auf eine solche Weiterentwicklung ganz offensichtlich schon einstellt.

Im Zeichen des Antiterrorismus läuft eine solche westliche Politik Gefahr, die gesamte seit 1945 geltende Weltordnung außer Kraft zu setzen. Die Tendenz dazu wurde schon im neuen NATO-Konzept vom April 1999 erkennbar, mit dem sich die Allianz vom Bündniszweck der Verteidigung entfernte und auf globale Interventionen vorbereitete. War der Verzicht auf ein UN-Mandat beim Krieg gegen Serbien von den Europäern wenigstens noch als einmalige, nicht wiederholbare Ausnahme bezeichnet worden, so schimmerte er in diesem Konzept vom April 1999 schon als die Regel durch, die im Afghanistan-Krieg angewendet wurde. Der Westen, zu dessen besonders großen Leistungen die Charta der Vereinten Nationen von 1945 gehört hatte, die den Gewalteinsatz zu politischen Zwecken in ihrem Artikel 2, Abs. 4 ausdrücklich verbietet, ist im Begriff, diese Ordnung zu zerstören.

Dieses, dem Afghanistan-Krieg innewohnende, Strukturelement wiegt noch schwerer als der Feldzug am Hindukusch selbst. Es könnte bewirken, dass der Krieg als Mittel der Politik wiederkehrt, weil die Vereinigten Staaten und in ihrem Gefolge die NATO es für zweckmäßig erachten.

War das Gewaltverbot 1945 in die Charta aufgenommen worden aufgrund der Lehren, die die damaligen Führer des Westens sehr richtig aus dem Gang der politischen Geschichte gewonnen hatten, so ist seine Beachtung bei den nachfolgenden Politikergenerationen offenbar weniger solchen Einsichten als der von den Nuklearwaffen ausgehenden Selbstbedrohung zu danken gewesen. Der Gewalteinsatz zu politischen Zwecken unterblieb, weil er den Einsatz der Kernwaffen und damit den nuklearen Holocaust heraufführen konnte. Diese Gefahr besteht nach dem Ende des Kalten Krieges und der zunehmenden amerikanisch-russischen Partnerschaft nicht mehr. Und weil die gegenwärtige Politikergeneration keinen Versuch unternimmt, sich ebenfalls um die Lehren der Geschichte zu kümmern, erblickt sie im Gewaltverbot des Artikel 2, Abs. 4 der UN-Charta nicht mehr die Grundvoraussetzung für die den Krieg eliminierende Weltordnung, sondern lediglich eine Beeinträchtigung der politischen Handlungsfreiheit.

Diese veränderte Blickrichtung setzt sich bis in die Rüstungskontrolle hinein fort. Die unbeschränkte Aufrüstung wird von der Bush-Administration höher bewertet als die Möglichkeit, mit der eigenen Beschränkung die Beschränkung anderer Staaten zu erwirken.

Deren Verzicht soll nicht mehr durch ein Kooperationsangebot angereizt, sondern notfalls mit Gewalt (counter proliferation) erzwungen werden.

Die Art und Weise der Terrorismusbekämpfung, die gegenwärtig von den Vereinigten Staaten und den Europäern praktiziert wird, hat also Konsequenzen, die weit über die Vertreibung der Taliban und die mögliche Ausschaltung Bin Ladins und seiner am Hindukusch stationierten Terroristengruppe hinausgehen. Auch die Weltordnung, so scheint es, stirbt scheibchenweise, wenn sie nicht bewacht und verteidigt wird gegen den Versuch, sie zugunsten kurzfristig verlockend erscheinender Interessen zu durchlöchern.

Deutsche und europäische Optionen

Wie stark die politischen Strömungen sind, kann man daran erkennen, dass sich die Bundesregierung weniger am Kampf gegen den Terror orientiert, sondern an ihrer Positionierung im Verhältnis zu den USA, zur Europäischen Union und, vor allem, zu den Vergleichsmächten Frankreich und Großbritannien. Natürlich kann die Bundesregierung nicht abseits stehen, wenn ihre Machtposition von der Beteiligung am gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus abhängt. Macht ist das Medium jeder Politik, gerade auch der internationalen, und wer nicht darüber verfügt, kann keine Politik betreiben. Deswegen muss er sich aber nicht vom Machtpoker treiben lassen. Die Bundesregierung wäre besser beraten gewesen, nach dem 11. September ihren Beitrag zur Terroristenbekämpfung von selber anzubieten und ihn dabei auch selbst zu gestalten. Das hätte dem Wortlaut des Artikel 5 des Nordatlantikvertrages entsprochen. Berlin wäre es dann möglich gewesen, das Paket der Politik so zu schnüren, dass es neben der Beteiligung an militärischer Gewaltanwendung vor allem auch politische und wirtschaftliche Strategien enthalten hätte, von deren Einsatz eine erfolgreiche Terrorismusbekämpfung vornehmlich abhängt.

Weil sie offensichtlich befürchtete, für diesen autonomen Akt keinen Konsens in der Koalition und im Bundestag zu finden, griff die Bundesregierung zu dem bewährten Mittel, die Erfüllung ihrer politischen Absichten von den USA anfordern zu lassen. Washington orientierte sich dabei natürlich an seiner Präferenz für die militärischen Maßnahmen. Warum Berlin diese Verengung nicht nur akzeptierte, sondern in der den Entschließungsantrag der Regierungsfractionen begleitenden Protokollerklärung die militärischen Maßnahmen nicht nur gegen das Netzwerk Al Qaida, sondern auch „diejenigen“, richtete, „die es beherbergen oder unterstützen“, ist schwer zu erklären. Darin steckt eine carte blanche für die amerikanische Absicht, nach Afghanistan auch andere Staaten militärisch anzugreifen.

Es ist vorstellbar, dass Berlin das nicht freiwillig, sondern auf amerikanischen Druck hin tat. Die von Bundeskanzler Schröder von Anfang an angebotene „uneingeschränkte Solidarität“ mit Washington wurde möglicherweise in vollem Umfang eingefordert. Den Druck, den die Supermacht USA gegenüber ihren kleineren Verbündeten aufzubieten vermag, darf man nicht unterschätzen, ebenso nicht den Anpassungsdruck, der von Frankreich und Großbritannien ausgeht, die sich sehr schnell an dem gewaltsamen Eingriff in Afghanistan beteiligten.

Politik ist bekanntlich die Kunst des Möglichen; man kann dieser rot-grünen Bundesregierung gewiss unterstellen, dass sie alle Künste aufgeboten, aber nicht mehr zustande gebracht hat. Die Bundesrepublik ist eben nur eine Mittelmacht, die sich gegenüber einer Supermacht immer im Nachteil befindet. Es zeigt sich auch, dass sich Berlin weder auf die Europäische Union stützen konnte, deren Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach

wie vor mehr auf dem Papier als in der Politik steht, noch auf die Alliierten Streitkräftekommandos (Combined Joint Task Force) in der NATO. Nicht einmal die NATO als Allianz kam zum Zuge. Washington hat nicht auf das Bündnis, sondern auf einzelne Bundesgenossen zurückgegriffen, denen gegenüber sich das riesige Einflusspotenzial der USA besonders gut geltend machen ließ.

Wenn das Wünschbare nicht möglich ist, so wird das Mögliche gern zum Wünschenswerten erklärt. Dieser Trick ist bei Politikern sehr beliebt, aber für die Politik sehr gefährlich. Sie verfehlt nicht nur ihre eigenen Ziele, sondern verliert sie aus den Augen. Hier muss die Gesellschaft, müssen die gesellschaftlichen Gruppen Hilfestellung leisten. Sie unterliegen keinen aus der Machtkonstellation oder der Koalitionsarithmetik resultierenden Zwängen, können vielmehr ihre politischen Anforderungen frei artikulieren. Damit werden sie zu einem der beiden für die Politik außerordentlich wichtigen Parameter. Um erfolgreich zu sein, muss Politik mit den Machtverhältnissen kompatibel sein, die in ihrer internationalen Umwelt herrschen, sie muss aber auch über den Konsens ihrer Gesellschaft verfügen, in deren Auftrag sie arbeitet. Der Erfolg der Politik hängt also nicht nur davon ab, dass sie sich vom internationalen Kräftefeld durchsetzen lässt, sondern vor allem davon, dass sie über die Zustimmung der Gesellschaft verfügt.

Deren Gruppierungen und deren Medien können also auch in der Bundesrepublik erheblichen Einfluss auf die Politik der Bundesregierung nehmen, indem sie artikulieren, was konsensfähig ist und was nicht. Wenn von maßgebenden gesellschaftlichen Gruppierungen kritische Positionen geäußert werden, liegt darin nur vordergründig eine Beeinträchtigung der Politik der Bundesregierung. Realiter wird ihr eine Handhabe geboten, mit der sie auf die Kompatibilitätsanforderungen der internationalen Umwelt einwirken kann. Gerade die angelsächsischen Regierungen wissen nur zu genau, dass ohne Rückhalt in der Öffentlichkeit Außenpolitik nicht betrieben werden kann. Mit dem Hinweis auf die eigene Öffentlichkeit könnte die Bundesregierung das Verhältnis zwischen dem Möglichen und dem Wünschenswerten also durchaus beeinflussen.

Umso mehr sollte die bundesrepublikanische Gesellschaft darauf dringen, dass die Terrorismusbekämpfung eben nicht nur militärisch, sondern vornehmlich politisch und wirtschaftlich ausgestattet und dabei die Weltordnung von 1945 nicht weiter ausgehebelt wird. Mit diesen Anforderungen entspräche die deutsche Gesellschaft ihrem Selbstverständnis als Zivilgesellschaft, das sie während der langen Jahre des Kalten Krieges ausgezeichnet hatte; sie sorgte auch dafür, dass der Kampf gegen den Terrorismus erfolgreich verläuft, ihn beseitigt und nicht etwa noch stärkt. Natürlich müssen die Terroristen, wenn sie denn feststehen, auch mit Gewalt bekämpft werden. Sie sollte wenigstens formal legal, vor allem aber legitim in dem Sinne sein, dass sie von einer internationalen Organisation angeordnet oder doch wenigstens autorisiert worden ist und insofern die Welt hinter sich hat.

Ausgesucht und ausgeschaltet werden müssten die Terroristen vor allem in Europa und in den USA, wo sie sich möglicherweise schon auf weitere Attentate vorbereiten. Die wichtigste Aufgabe besteht, wie erwähnt, darin, die Quellen dieses diffusen politischen Terrorismus auszutrocknen. Dazu bedarf es der Konfliktlösung im Nahen Osten und einer Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik, die die erforderliche Umverteilung des Reichtums endlich als Sicherheitspolitik begreift. Wie man auf dem Balkan erkennen kann, wo der einer solchen Prävention dienende Stabilitätspakt vor sich hindümpelt, kann sich die praktizierende Politik nur schwer für solche Strukturmaßnahmen erwärmen. Ihrem von der Aktualität bestimmten Interessenhorizont kommt die Kurzfristigkeit militärischer Gewalteinsätze eher entgegen.

Der Gesellschaft geht es genau umgekehrt. Sie ist an einem dauerhaften Erfolg interessiert, der die Sicherheit steigert und die Belastungen vermindert. Der Gesellschaft und den großen gesellschaftlichen Gruppierungen steht es wohl an, die praktizierende Politik über diese Anforderungen zu informieren. Damit hilft sie ihr, die Ziele von Sicherheit, Freiheit und Wohlstand, die Ziele der Zivilgesellschaft eben, gerade in dem neuen Zustand der Welt nicht aus dem Auge zu verlieren, der am 11. September in so grauenhafter Weise sichtbar wurde. Die Gesellschaft hilft der Regierung auch, diejenigen Strategien einzusetzen, mit denen gesellschaftliche Akteure davon abgebracht werden können, zugunsten ihrer politischen Ziele militärische Gewalt einzusetzen. Die innerdeutsche Diskussion und die Beiträge großer gesellschaftlicher Gruppen dazu bilden eine unentbehrliche Voraussetzung für die erfolgreiche Sicherheitspolitik der Bundesregierung.